



öffentlich

Betreff:

Unterstützende Maßnahmen zur Bekämpfung von Pandemie-Spätfolgen bei Jugendlichen

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Erstellungsdatum 31.03.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

05.05.2021 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung will kurzfristig und unbürokratisch die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Jugendliche in der Landeshauptstadt Potsdam an den durch die anhaltende Pandemiesituation gestiegenen Bedarf anpassen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss und den freien Trägern der Jugendhilfe kurzfristig zu prüfen

- in welchen Beratungsstellen finanzielle und personelle Ressourcen aufgestockt werden müssen,
- welche medizinischen und therapeutischen Angebote finanziell und personell aufgestockt werden müssen,
- ob im Zuge der Wiederöffnung der Schulen und zur Bearbeitung der psychischen und sozialpädagogischen Belastungen der Kinder und Jugendlichen im Zuge des Distanzunterrichtes und der gesellschaftlichen Einschränkungen „Hilfen zur Erziehung“ in Form von sozialpädagogischer Gruppenarbeit an Schulen angeboten werden können,
- inwieweit die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Freizeitbereich und vor allem in den Ferien für Kinder und Jugendliche unter bestimmten Bedingungen aufrechterhalten werden können und
- wie im Fachbereich 23 Arbeitsüberlastung und Personalengpässe abgebaut werden können.

Katharina Tietz und Christian Kube
Fraktionsvorsitzende

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Beratungsstellen und Studien weisen darauf hin, dass bei Kindern und Jugendlichen der Bedarf an Beratung und Hilfe in der Zeit der Pandemie stark gestiegen ist. Es ist absehbar, dass zeitversetzt vor allem seelische Erkrankungen häufiger auftreten werden. Für die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen müssen bereits bestehende Angebote ausgebaut und zusätzliche Angebote entwickelt werden, um angemessen auf die Beratungs- und Unterstützungsanliegen in der anhaltenden Ausnahmesituation reagieren zu können.

Seit geraumer Zeit gibt es die Überlegungen, im Jugendamt einen 24-Stunden-Dienst einzurichten. Der Fachbereich 23 hatte in den letzten Jahren mit Personalengpässen und einer Häufung von Belastungsanzeigen zu tun.

Die Wiederöffnung der Schulen findet unter den Bedingungen von Distanz und Kontaktvermeidung statt. Zur Bearbeitung der psychischen und sozialen Belastungen für Kinder und Jugendliche könnten Hilfen zur Erziehung in Form von sozialpädagogischer Gruppenarbeit an Schulen angeboten oder ergänzende Angebote durch die Schulsozialarbeit geschaffen werden.

Die Wartelisten für therapeutische Angebote (wie z.B. in der Psychiatrischen Institutsambulanz im Klinikum Ernst von Bergmann) sind derzeit lang. Oft müssen Hilfesuchende mehrere Monate warten. Eine adäquate Versorgung ist damit fraglich.

Gerade weil Kinder und Jugendliche in der Pandemie eine zunehmende Rolle spielen und eine kurzfristige Entlastung durch Impfungen noch nicht möglich ist, müssen Beratungs- und Unterstützungsangebote schnellstmöglich an den gestiegenen Bedarf angepasst werden.